



DURCHBLICK

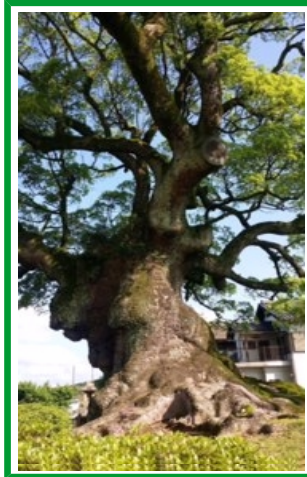
August 2016

Seniorenvertretung Bremen
Nachrichten für Seniorinnen und Senioren

Resolution gegen Altersarmut

Seit 1999 verfügt Mecklenburg-Vorpommern über ein Altenparlament. 71 Delegierte aus 27 verschiedenen Seniorenorganisationen, Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Seniorenbeiräten haben 2016 im Rahmen des 9. Altenparlaments zwei Beschlüsse und eine Resolution verabschiedet. Mit der Resolution wenden sich die Delegierten gegen die Altersarmut, nicht nur in ihrem Bundesland, sondern in allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

(mehr auf Seite 2)



Neue Ganoventricks

Es gibt nichts, was es nicht gibt! Bricht eine Betrugswelle in sich zusammen, weil die potentiellen Opfer gewarnt sind und sich nicht mehr von ihr überraschen lassen, erfinden die Ganoven sofort wieder neue Tricks, von denen sie glauben, damit besonders alte Menschen abzocken zu können. Jetzt warnt die Polizei vor falschen Polizisten, die mit ziemlich derben Methoden versuchen, ihren Opfern das Geld aus der Tasche zu ziehen.

(mehr auf Seite 3)

Offener Brief an den Bremer Innensenator

Nicht nur die SV Bremen, sondern auch andere Institutionen äußern ihre Bedenken gegenüber der Gewährleistung der inneren Sicherheit. So hat jetzt auch Elsbeth Rütten vom Verein Ambulante Versorgungsbrücken einen offenen Brief an den Innensenator geschrieben. Sie ist überzeugt, dass die Polizeiführung die Kriminalität in der Stadt nicht realistisch genug einschätzt.

(mehr auf Seite 4)

Wo bleibt die Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung?

Aufgrund der Beschwerde von Mark Castens über die Verlegung sterbenskranker Menschen in die stationäre Kurzzeit- und Verhinderungspflege, richteten die Fraktionen der Regierungskoalition eine Nachfrage an den Senat. Dessen Antwort fiel sehr unbefriedigend aus. An der Hospiz- und Palliativversorgung in Bremen muss wahrlich noch viel verbessert werden.

(mehr auf Seite 5)

Zahnärzte kommen zu Patientinnen/Patienten in die Heime

Für pflegebedürftige Heimbewohner/-innen, die nicht mehr in der Lage sind, eine Zahnarztpraxis aufzusuchen, besteht die Möglichkeit, sich aufgrund der gesetzlich verankerten „aufsuchenden Betreuung“ von einem/einer Zahnarzt/-ärztin im Heim behandeln zu lassen. Mund- und Zahngesundheit sind auch für ältere Menschen noch wichtig und deshalb sollten Vorsorgemaßnahmen ernst genommen werden.

(mehr auf Seite 5)

Führerschein gegen Busticket

Das ist ein verlockendes Angebot für ältere Menschen in Bremerhaven. Aber es ist Vorsicht geboten. Für den, der es annimmt, gibt es kein Zurück.

(mehr auf Seite 7)

INHALT

- | | |
|--|------|
| ➤ Resolution gegen Altersarmut | S. 2 |
| ➤ BIVA startet Regionalisierung | S. 3 |
| ➤ Neue Ganoventricks | S. 3 |
| ➤ Seniorenforum | S. 4 |
| ➤ Einrichtungen der Kurzzeitpflege als Hospizersatz ungeeignet | S. 5 |
| ➤ Erfolgreiche Kooperation zwischen Hausärzten und Apothekerkammer | S. 5 |
| ➤ Zahnärzte versorgen Heimbewohner | S. 5 |
| ➤ Gespräch mit der SPD-Fraktion | S. 6 |
| ➤ Treffen mit dem Seniorenbüro | S. 6 |
| ➤ Führerschein gegen Busticket | S. 7 |
| ➤ Interkultureller Aktionsraum eröffnet | S. 8 |
| ➤ Türkçe informasyonlar | S. 9 |

Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern beschließt Resolution gegen Altersarmut

Auf seiner Sitzung am 13. März 2016 hat sich das Altenparlament von Mecklenburg-Vorpommern u.a. ausführlich mit der wachsenden Altersarmut und Rentengerechtigkeit beschäftigt. Es wurde festgestellt, dass Arbeitslose, Alleinerziehende und Rentner nichts von den milliardenschweren Überschüssen in Deutschland merken. 12,5 Millionen Menschen gelten immer noch als arm. Auch viele Rentner sind davon betroffen. Allein in Mecklenburg-Vorpommern waren im Jahre 2012 von insgesamt 21.009 Grundsicherungsempfängern 6.517 über 65 Jahre alt. 9,8% der Altersrenten der Männer und 52,9% der Frauen lagen mit ihrem Zahlbetrag unter 706 Euro. Die Rentensituation ist nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern angespannt. Das gegenwärtige Rentensystem ist dringend reformbedürftig. Deshalb haben die Delegierten in Schwerin eine Resolution gegen Altersarmut beschlossen.

„Wir fordern die Bundesregierung und die Bundestagsabgeordneten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die Fraktionsvorsitzenden der Fraktionen der SPD, der CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag auf:

- sich gemäß Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD für eine schnellstmögliche, stufenweise Angleichung des Rentenwertes Ost/West einzusetzen,
 - die systematische Absenkung des Rentenniveaus von gegenwärtig 48,1 % auf 43 % bis 2030 zu stoppen und die Rentenanpassungsformel entsprechend zu modifizieren,
 - eine Rückabwicklung der Riester-Rente und Überführung der Riester-Förderung in die gesetzliche Rentenversicherung zu veranlassen,
 - sich für eine armutsfeste Grundsicherung und existenzsichernde Mindestrente einzusetzen,
 - die Regelung zum Schonvermögen bei Grundsicherung der von Beziehern von Hartz-IV anzupassen einschließlich des Besitzes eines angemessenen Autos - für viele im ländlichen Raum lebensnotwendig und Voraussetzung für Teilhabe,
 - die Kosten der Energiewende im Verhältnis zum Einkommen nicht von den Ärmsten tragen zu lassen und für geringe Einkommen durch Zuschüsse stabil zu halten,
 - bezahlbare Mieten mit stabilen Mietnebenkosten zu sichern.
- Wir fordern die Landesregierung und die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen auf:
- durch Bundesratsinitiativen obige Forderungen auf Bundesebene durchsetzen zu helfen,
 - Einfluss auf die Zahlung existenzsichernder Löhne im Land zu nehmen, damit jeder sich eine armutsfeste Rente erarbeiten kann,
 - durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik die verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit über 50-Jähriger zu beseitigen,
 - eine weitere Erhöhung der Mietnebenkosten durch die Finanz- und Steuerpolitik des Landes zu verhindern,
 - bezahlbare Mieten durch sozialen Wohnungsbau auch für Ältere mit geringem Einkommen zu sichern. Dabei muss durch geeignete Vorgaben eine Gettoisierung unbedingt verhindert werden.

Die gegenwärtig vordergründige Aufgabe ist die Angleichung des Rentenwertes Ost an West. Die große Mehrheit der Menschen in den neuen Bundesländern sieht darin eine bewusste Missachtung ihrer Lebensleistung, ist damit unzufrieden und fühlt sich ungerecht behandelt. Eine Lösung ist zwingend notwendig, weil die gesetzliche Rente für ca. 90% aller Rentner unseres Landes lt. Forschungsbericht der AWO die einzige Einkommensquelle ist. Wir erwarten eine Rentenangleichung, die auch die Probleme der rentennahen Jahrgänge und die der jüngeren Generation berücksichtigt. Deshalb darf bei einer Angleichung die Höherbewertung der Ost-Arbeitsentgelte auf den Bundesdurchschnitt nicht angetastet werden. Aufgrund der noch bestehenden Lohnunterschiede zwischen Ost und West, der höheren und längeren Arbeitslosigkeit, fehlender Betriebsrenten und der hohen Quote von Hartz-IV-Empfängern wird sich künftig die Tendenz, dass immer mehr Menschen im Alter über sehr geringe Einkünfte verfügen werden, weiter verstärken.

Wir fordern deshalb eine grundlegende Änderung in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Hier müssen echte Fortschritte im Interesse der Menschen erzielt werden. Dazu ist jede Bundesregierung, aber auch jede Landesregierung gefordert, aktiv zu werden, wenn eine künftige Welle von Altersarmut abgewehrt werden soll. Wir sind nicht bereit, hinzunehmen, dass die Grundsicherung im Alter auf dem Schleichweg zum Regelsystem für die Alterssicherung wird und die gesetzliche Rente somit ersetzt.“

(Quelle: Senioren-Kurier Mecklenburg-Vorpommern, 2/2016, S.11)

BIVA startet Regionalisierung

Bonn. In fünf Bundesländern haben die ersten ehrenamtlichen Regionalbeauftragten der Bundesinteressenvertretung für alte und pflegebedürftige Menschen (BIVA) e.V. ihre Arbeit aufgenommen. Damit hat die BIVA ihren ersten Schritt in die Regionalisierung ihrer Beratungs- und Informationsarbeit getan. Bisher gab der gemeinnützige Verein mit Sitz in Bonn vor allem telefonische und schriftliche Hilfestellung bei Problemen mit Pflege und dem Leben in Einrichtungen und anderen betreuten Wohnformen. Die neuen Regionalbeauftragten können nun auch persönlich unterstützen und geben der BIVA in Zukunft ein Gesicht vor Ort.

Vor allem für Angehörige von pflegebedürftigen Menschen ist es hilfreich, eine Vertrauensperson vor Ort anzusprechen, wenn sie Rat und Unterstützung brauchen. Die BIVA-Regionalbeauftragten sind geschult darin, die Problembereiche zu analysieren und den Weg für eine Lösung aufzuzeigen. Sie werden mehrfach im Jahr zu Schulungen eingeladen.

Die BIVA hat jetzt Regionalbeauftragte in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Bremen. Jeder Regionalbeauftragte ist für eine bestimmte Region zuständig. In der Regel handelt es sich dabei um einen Landkreis oder eine kreisfreie Stadt. Ihre Zahl soll in Zukunft noch deutlich wachsen.

(Pressemitteilung der BIVA v. 15.6.2016)

Polizei warnt erneut vor Betrugswelle

In den letzten Wochen standen wieder ältere Menschen und ihre Wertsachen im Fokus von Betrügern. Ihr gemeiner Trick, um sich das Vertrauen zu erschleichen: Die Betrüger gaben sich am Telefon mit hoher krimineller Energie als Polizeibeamte aus. Seit April verzeichnete die Polizei 55 Fälle in Bremen.



(Foto: G.Feller)

Ein typisches Beispiel der Vorgehensweise: An einem Montagabend wurde ein 60 Jahre alter Bremer von einem angeblichen Polizisten angerufen. Der Betrüger schilderte dem Angerufenen, dass seine Personalien auf der Liste einer rumänischen Einbrecherbande vermerkt seien und er das nächste Opfer sein werde. Der 60-Jährige wurde zur Herausgabe von Wertgegenständen aufgefordert und über zwei Stunden (!) am Telefon unter Druck gesetzt. Am Ende wurde er misstrauisch und legte auf. Im Display sah er vorher die Nummer 110. Die Betrüger nutzen eine Methode,

mit der Anrufe über das Internet unter einer vorgetäuschten Nummer erfolgen können. Der Bremer tat das Richtige und wählte selbst die Nummer der Polizei.

Ein weiterer Fall: Drei 80, 81 und 85 Jahre alte Frauen aus Burg-Grumbke erhielten am Dienstag jeweils den Anruf eines vermeintlichen Polizeibeamten. Die Betrüger gaben den Damen gegenüber an, dass man nach einem Überfall am Bahnhof einen Koffer aufgefunden habe, in dem sich ein Notizbuch mit den Personalien der Seniorinnen befunden hätte. Die Damen wurden nach ihren Kontodaten, einem vorhandenem Safe, Bargeld zu Hause etc. ausgefragt. Alle Drei reagierten richtig und verweigerten sämtliche Auskünfte. Diese und ähnliche Fälle der letzten Wochen beschäftigen unsere Ermittler. Die Tricktäter sind erfinderisch, schauspielerisch und rhetorisch sehr begabt.

Die häufigste Masche der Betrüger: Sie rufen ihre Opfer oft in den Abend- oder sogar Nachtstunden an. Die Männer behaupten, dass Straftäter festgenommen wurden, bei denen man Unterlagen des Angerufenen aufgefunden hat. Diese deuten auf eine bevorstehende Straftat (Einbruch, „Plünderung“ der Konten/Spargbücher) hin. Die Betrüger fragen ihre Opfer nach vorhandenen Wertsachen, Schmuck und Bargeld, Konto- und Sparguthaben, persönlichen Lebensumständen und Wohnort aus.

Die Legendenbildung ist in diesem Zusammenhang ausgesprochen variabel, fantasievoll und für Außenstehende plausibel. Allen Varianten ist gemeinsam, dass der „Falsche Polizeibeamte“ ankündigt, dass die Gelder und Wertsachen von einem „Kollegen“ abgeholt und vermeintlich gesichert werden. Positiv: Die Prävention der Polizei Bremen und die Berichterstattung in den Medien verhinderten Schlimmeres: „Nur“ zwei Taten konnten vollendet werden. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle verhielten sich die Angerufenen absolut richtig. Sie verweigerten trotz sehr geschickter und perfider Gesprächsführung die Herausgabe von Geld.

Die Polizei Bremen warnt: Legen Sie bei Anrufen ein "gesundes Misstrauen" an den Tag. Lassen Sie sich nicht unter Druck setzen, egal wer Anrufer ist, vertrauen Sie nicht einer auf dem Display ihres Telefons angezeigten Rufnummer. Es gibt Möglichkeiten, diese zu manipulieren. Beenden Sie das Gespräch.

Zeigen Sie niemandem, wo Sie Geld oder Wertgegenstände aufbewahren. Die Polizei wird Sie nie anrufen und nach Geld und Wertgegenständen fragen. Übergeben Sie niemals Geld oder Wertgegenstände an unbekannte Dritte.

Helfen Sie uns mit und beugen Sie vor! Mehr Hinweise und Ansprechpartner gibt es beim Präventionszentrum der Polizei Bremen, Am Wall 195. Telefon: (0421) 362-19003.

(Pressemitteilung der Polizei Bremen v. 25.05.2016)

Seniorenforum

Seriös geht anders!

Soeben erhielt ich einen Anruf von einer mir unbekannten Telefonnummer. Eine von der Stimme her ältere Dame nannte mir einen/ihren Namen, sie sei von der Firma Klambt & Endres und sie erklärte mir, es gäbe gerade für Menschen zwischen 65 und 79 Jahren viele gesetzliche Änderungen, alles würde nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt, und für Pflegeheime etc. müsse man viel Geld aufbringen. Davor könne man sich allerdings schützen.

Sie machte darauf aufmerksam, dass zufällig morgen ein Herr Hartmann in meiner Nähe wäre, und sie bot mir die Auswahl zwischen zwei Terminen zur kostenlosen Beratung an. Direkte Nachfrage ergab, dass sie meinen Namen, Telefonnummer und Alter über einen Adresspool ermittelt hätte. Das sei aber alles legitim. Meine Recherche ergab, dass es sich bei der Firma Klambt & Endres um die Generalagentur der Nürnberger Versicherungsgruppe handelt und ein Herr Hartmann dort beschäftigt ist.

Dass ich dieses verdächtige Telefonat kurz und bündig beendete, kann sich jeder wohl vorstellen. Ich berichte aber im DURCHBLICK darüber, um vor solchen Telefon-Werbungen zu warnen. Letzten Endes laufen so nett klingende Angebote auf einen Abschluss hinaus. Man sollte sich nicht scheuen, rigoros „nein“ zu sagen und das Gespräch abubrechen.

Elke Scharff

Offener Brief an den Bremer Innensenator - Die älteren Menschen treibt die Angst um.

Die geplanten Kürzungen bei der Kontaktpolizei, den KOP's, die Schließung von Polizeirevieren und die Schließung der Abteilung – K 44 „Menschenhandel, Waffenhandel, Glücksspiel und Prostitution“ - machen den Menschen große Sorgen. Für die Bevölkerung beinhaltet dies ein hohes Maß an Zumutungen und bewirkt zunehmend die Aushöhlung von inneren Sicherheiten.

Die Kontaktpolizisten in den Stadtteilen & Quartieren der Stadt müssen als niedrigschwelliges Angebot unbedingt erhalten bleiben! Ein Polizeibeamter am Telefon ersetzt nicht die Bürgernähe des KOPs vor Ort. Betrugsdelikte gegenüber Senioren nehmen dramatisch zu. Einbrüche in den Quartieren und Stadtteilen haben Hochkonjunktur. Die Zahl der Einbrüche, Betrugs- und Gewaltdelikte, vor allen Dingen gegenüber Seniorinnen/Senioren, hat in den letzten Jahren sogar dramatisch zugenommen. Und mit noch weniger Polizei wird sich dieser Zustand noch weiter verschlechtern.

Der Personalabbau trägt in keiner Weise dazu bei, den Bürgerinnen und Bürgern ein subjektives oder objektives Gefühl von Schutz und Sicherheit zu vermitteln. Es darf nicht weiter auf Kosten der inneren Sicherheit gespart werden.

Die mündliche Zusicherung, ab 2018/2019 werde wieder „alles besser“, weil es dann ca. 130 frisch ausgebildete Polizeibeamte für Bremen gäbe, wirkt wenig beruhigend. Wobei anzumerken ist, dass die dann neu eingestellten aber in der Praxis unerfahrenen Polizisten bei weitem nicht den zuvor entstandenen Flurschaden in den Stadtteilen oder bei der Kriminalpolizei „gutmachen“ können. Ihr Versprechen scheint nicht wirklichkeitsnah zu sein.

Kinder mögen bereits heute kaum noch auf den Gehwegen spielen. Die oftmals auf den Gehwegen ausgelebte Aggression durch Radfahrer/-innen und Fußgängern spricht inzwischen Bände. Ältere Menschen erleben sich zunehmend verunsichert, wenn sie zu Fuß unterwegs sind. Ohne Polizisten im Straßenbild potenziert sich die Angst. Bereits heute trauen sich viele ältere Menschen kaum noch aus dem Haus.

Der KOP im Stadtteil stellt nach wie vor ein wichtiges gesellschaftliches Bindeglied dar! Der Abbau der KOPs bedeutet in der Konsequenz, die Stadtteile den Kriminellen und Raudies zu überlassen. Elsbeth Rütten, Ambulante Versorgungsbrücken e. V., Bremen

Das Seniorenforum bietet allen interessierten Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit, ihre Meinungen vorzutragen. Die zugesandten Beiträge können gekürzt werden und geben die persönliche Auffassung ihrer Verfasser/-innen wieder, deren Name stets genannt wird und deren postalische Adresse bekannt ist. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.



Am Samstag, 3. September 2016 findet von 9.30 bis 17.00 Uhr im Conference Center des Atlantic Hotel Sail City in Bremerhaven die NEURO statt. Es handelt sich um einen Kongress und eine Messe, die sich an Betroffene und Fachleute richtet. Sie können z.B. neue Erkenntnisse zur Diagnostik und zur Therapie von Krankheiten wie MS und Morbus Parkinson sowie zur Gestaltung des Alltags mit diesen Krankheiten erwerben. Weitere Kongressthemen sind die Behandlung von Gedächtnisstörungen, von Fatigue, Schmerzen oder von Blasen- und über neue Therapieangebote d Sexualfunktionsstörungen bei multipler Sklerose und bei Parkinson. Das einzigartige Konzept von NEURO ist: Aktuelle Forschungsergebnisse und Entwicklungen zu Ursachen, Diagnostik und Therapieformen werden zweifach vermittelt, einmal für Fachpersonal und einmal für Betroffene. Angeschlossen ist eine Ausstellung über neue Therapieangebote von pharmazeutischen Unternehmen und Reha-Zentren.

Der Eintritt für die Veranstaltung beträgt für Betroffene 10 Euro, für Therapeuten und Pflegende 15 Euro sowie für Ärzte 20 Euro. Weitere Informationen: www.neuro2016.de. (Quelle: PM. Messe Bremen)

**Beim Bremer Senat ist kein ernsthafter Wille
für eine Verbesserung der Hospiz- und
Palliativversorgung zu erkennen.**

Mark Castens, der sich seit Jahren zusammen mit der SV Bremen um die Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung im Lande Bremen bemüht, hat beim Bundesverfassungsgericht dagegen geklagt, dass in jüngster Zeit schwerstkranken und sterbende Menschen bis zu ihrem Lebensende statt in Hospize oder Palliativstationen in Einrichtungen der stationären Kurzzeit- und Verhinderungspflege verlegt wurden (vgl. DURCHBLICK, Juni 2016, S.2).

Auf eine diesbezügliche Nachfrage der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Hospiz- und Palliativversorgung im Land Bremen (Drucksache 19/340, 13.5.16) antwortet der Bremer Senat: „Die Menschen sollen die Wahl haben, ob sie das Lebensende in der eigenen Häuslichkeit, einer Kurzzeitpflege (KUPF) oder einer stationären Einrichtung oder einem Hospiz verbringen möchten. Nicht alle entscheiden sich mangels (regionaler) Angebote für eine Versorgung am Lebensende im Rahmen der stationären Kurzzeit- und Verhinderungspflege. Viele tun das auch, um die mit der Entscheidung für ein Hospiz verbundene Konfrontation mit dem nahenden Lebensende zu meiden. Insofern ist die KUPF nicht nur Notlösung, sondern im Rahmen eines vielfältigen Angebots eine Option. Stationäre Einrichtungen der Altenpflege haben seit der Inkraftsetzung des HPG den Auftrag, beim Einzug mit dem zukünftigen Bewohner/der zukünftigen Bewohnerin zu klären, ob Wünsche über eine Sterbebegleitung geäußert werden.“ (Drucksache 19/654, 22.6.16)

Wenn der Bremer Senat in seiner Antwort darauf verweist, dass sterbenskranken Menschen durchaus in der KUPF ihr Lebensende erwarten können, lässt das seine Unkenntnis über die unterschiedlichen Zielsetzungen und Voraussetzungen der Versorgung in KUPF und Hospiz-, bzw. palliativmedizinischen Einrichtungen erkennen. Die Kurzzeitpflegeeinrichtungen sind dem kurativen Bereich angegliedert und haben die gesetzliche Aufgabe, Rehabilitation und Mobilität zu erzielen. Die Antwort des Senats ist unbefriedigend und trägt nicht zur Vermeidung der beklagten Notlösung und der Lücken in der Hospiz- und Palliativversorgung bei. Damit werden keine strukturellen und angemessenen Versorgungsleistungen gesichert, sondern Fehlbelegungen geschaffen, wobei die anspruchsberechtigten Versicherten einen erheblichen Teil der Kosten selbst tragen müssen. Eine ordnungsgemäße Hospizversorgung wäre zuzahlungsfrei.

Gerd Feller

**Kooperation zwischen Bremer
Hausärzterverband und
Apothekerkammer ist
ein Erfolg**

Aus einer Fachdiskussion resultierte ein Kooperationsprojekt zwischen der Bremer Apothekerkammer, dem Bremer Hausärzterverband und Gesundheitsversorgungsforschern der Universität Bremen. Es wurde eine neuartige Form der kurzfristigen Fax-Kommunikation bei möglicherweise gefährlichen Arznei-Interaktionen von der Apotheke in die Hausarztpraxis und zurück eingeführt. Ziel dieses Projekts ist die Erhöhung der Medikationssicherheit durch eine bessere Kommunikation. Wenn die Patientinnen und Patienten ihren Apotheker beauftragen, informiert dieser, sobald er auf problematische Polymedikation aufmerksam wird, den behandelten Arzt per Fax über mögliche Nebenwirkungen der Mehrfachmedikation.

Dieses Projekt wird wissenschaftlich begleitet. Erste Ergebnisse zeigen, dass die Einführung des Faxes zu mehr Arzneimittelsicherheit führt. Dazu sagt Dr. Kappert-Gonthier: "Ich freue mich sehr, dass meine Initiative so positiv von Bremer Ärztinnen und Ärzten, ApothekerInnen und WissenschaftlerInnen aufgegriffen wurde und zu mehr Sicherheit für Patientinnen und Patienten in Bremen führt." Es sind noch nicht alle Apotheken und Hausärzte an diesem Projekt beteiligt. Wenn sich Patientinnen/ Patienten nicht sicher sind, dann sollten sie ihre Apotheke oder ihren Hausarzt ansprechen. Ärzte und Apotheker können dann beim Hausärzterverband oder bei der Apothekerkammer Erkundigungen einholen bzw. sich am Projekt beteiligen.

Anmerkung: Ich habe meine Apotheke und meinen Hausarzt angesprochen und beide waren informiert und kooperieren bereits erfolgreich. Das war für mich sehr beruhigend, denn ich gehöre auch zu den Patientinnen, die täglich 7 verschiedene Tabletten einnehmen.

Lisa Wargalla

**Verbesserte zahnmedizinische Betreuung
und Versorgung von Pflegebedürftigen:
Zahnärzte gehen in die Pflegeeinrichtungen!**

Pflegebedürftige Heimbewohner sind in der Regel nicht mehr in der Lage, eine Zahnarztpraxis aufzusuchen. Eine regelmäßige Kontrolle der Mundgesundheit ist aber gerade bei diesen Menschen sehr wichtig: Der Erhalt der Zähne garantiert nicht nur eine einwandfreie Kaufunktion und damit die Möglichkeit einer gesunden Ernährung, sondern auch die normale Sprachfunktion und ein strahlendes Lächeln. Zur Teilnahme

(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

nahme am sozialen Leben sind die Zähne also ganz wichtig – auch für pflegebedürftige Menschen.

Auch Zahnersatz braucht Pflege – lebenslang

Die zahnärztliche Versorgung in Deutschland hat qualitativ einen hohen Standard. Immer mehr Menschen werden zukünftig mit immer mehr eigenen Zähnen alt werden. Der zahnärztliche Betreuungsbedarf verlagert sich für die Senioren zunehmend in den Bereich Kontrolle und Vorsorge – Zahnlosigkeit wird zur Ausnahme. In den kommenden Jahren werden viele Menschen, die zum Teil aufwändig mit Zahnersatz versorgt wurden, ein Alter erreichen, das eine Betreuung in einer Senioren-Wohneinrichtung oder einem Pflegeheim notwendig macht. Sie besitzen häufig hochwertigen Zahnersatz, der viel Geld gekostet hat – diese Brücken, Implantate oder Prothesen weisen bei entsprechender Pflege und zahnärztlicher Kontrolle zumeist eine jahrzehntelange Haltbarkeit auf. Ändern sich die Lebensumstände, zum Beispiel beim Umzug in ein Pflegeheim, reißt oftmals der Kontakt zum gewohnten „Hauszahnarzt“ ab. Die notwendigen Informationen zur individuell notwendigen Pflege von Zähnen und Zahnersatz gehen verloren. Unterbleibt eine regelmäßige und angemessene Mundhygiene, ist schon bald die Funktionalität beim Kauen und Sprechen eingeschränkt. Dann wird der teure Zahnersatz oft vorzeitig unbrauchbar – und eine Neuversorgung scheitert nicht selten an der inzwischen fehlenden Kooperationsfähigkeit des alten Menschen.

Durch die gesetzliche Verankerung einer „aufsuchenden Betreuung“ durch Zahnärzte im Heim wird einerseits das Pflegepersonal unterstützt, andererseits verringern regelmäßige Vorsorgemaßnahmen das Risiko von Zahnerkrankungen, der Zahnarzt kann Probleme frühzeitig erkennen.

Mehr Gesundheit und Lebensqualität

Die Einrichtung gewinnt mit dem betreuenden Kooperationszahnarzt einen direkten Ansprechpartner in Sachen Mund- und Zahngesundheit. Insofern ergibt sich durch die zahnärztliche Betreuung ein dreifaches Plus:

- Die Patienten gewinnen mit intakten Zähnen mehr Lebensqualität, auch als Hochbetagte; wenn die Versorgung länger hält, war der eigene finanzielle Aufwand durch höhere Nachhaltigkeit gerechtfertigt
- Das Heim erhält eine individuelle Zahnpflegeexpertise für die Bewohner und einen kompetenten Ansprechpartner
- Die Krankenkassen können davon ausgehen, dass der von ihnen mitfinanzierte Zahnersatz dank richtiger Pflege und regelmäßiger Kontrolle durch einen Zahnarzt eine längere Lebensdauer aufweist. Teure Krankentransporte bei Akutfällen oder Behandlungen in Narkose bei

hochakuten Zahnproblemen werden zunehmend entfallen.

Im Land Bremen bestehen aktuell für fast die Hälfte aller stationären Pflegeeinrichtungen entsprechende Kooperationsverträge, damit liegt Bremen bundesweit an der Spitze.

Dr. Dirk Mittermeier



Senioren-Vertretung in der Stadtgemeinde Bremen

Vorschläge zur Stärkung der Heimmitwirkung beschäftigen SPD-Fraktion

Am 22.6.2016 fand im Fraktionsbüro der SPD ein Gespräch von Vertreterinnen/Vertretern der SV Bremen und der SPD-Fraktion statt. Es ging um die Forderung der SV Bremen, zur Stärkung der Bewohnerbeiräte und Bewohnerfürsprecher eine **Ständige, unabhängige Konferenz der Bewohnerbeiräte und -fürsprecher/-innen** einzurichten und dieses Organ in die Überarbeitung der aktuellen Heimmitwirkungsordnung aufzunehmen.

Unter Hinweis auf unser diesbezügliches Schreiben an die Sozialsenatorin und die Bremer Bürgerschaftsfraktionen skizzierten die SV-Vertreter/-innen kurz die Arbeit der Heimbeiräte und -fürsprecher und die damit verbundenen häufigen Klagen und Schwierigkeiten. Außerdem erläuterten die SV-Vertreter/-innen die in dem Schreiben aufgezeigten Lösungsmöglichkeiten (vgl. DURCHBLICK Juli 2016, S.4). Die Beantwortung der Nachfragen der Fraktionsvertreter schloss sich an. Einzelne Punkte wurden genauer diskutiert.

Insgesamt herrschte Übereinstimmung in der Zielsetzung und Organisation einer solchen Ständigen Konferenz. Die Fraktionsvertreter sagten zu, diese Forderung weiter zu verfolgen und sich dafür einzusetzen, u.a. auch die Sozialsenatorin darauf anzusprechen, die sich bisher noch nicht zur Sache weiter geäußert hat.

Die Fraktion bat um Zusendung des Protokolls der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Pflege und Wohnen im Alter (AG PWA) vom 13.06.16, um über weitere Lösungsvorschläge der SV Bremen zur Stärkung der Heimbeiräte informiert zu sein und um sie ebenfalls in die Debatte der Fraktion zur Sache einbeziehen zu können.

Gerd Feller

Treffen mit dem Seniorenbüro Bremen

Im Rahmen der Bemühungen, sich mit Gleichgesinnten für die Sache der Bremer Seniorinnen/Senioren zu vernetzen, haben sich

(Fortsetzung auf Seite 7)

(Fortsetzung von Seite 6)

nach längerer Zeit wieder Vorstandsmitglieder/Arbeitskreissprecher der Seniorenvertretung und des Seniorenbüros Bremen am 28.6.2016 im Sitzungssaal des Seniorenbüros getroffen. Es wurde freundschaftlich Kaffee getrunken, über gemeinsame Wurzeln der vergangenen Zusammenarbeit und ihre Zukunft gesprochen, aber auch an manche Verstimmungen erinnert, die seit einigen Jahren eine engere Zusammenarbeit verhindert haben. Es gab in der Vergangenheit Überschneidungen in den Aufgabenbereichen dieser beiden Institutionen, bei denen sie gegeneinander konkurrierten. Deshalb standen dann auch die Gespräche über die jetzt doch sehr unterschiedliche Arbeit der Bremer Seniorenvertretung und des Bremer Seniorenbüros und der beteiligten Führungspersonen im Mittelpunkt. Da Einigkeit stark macht, wurde die Verbindung wieder aufgenommen.

Das Seniorenbüro ist ein Verein und engagiert sich mit seinen ehrenamtlichen Mitarbeitern für ältere Menschen, die noch etwas erleben wollen. Es bietet Anregungen und Möglichkeiten zur Bereicherung der eigenen Lebensart im Alter und organisiert Freizeit- und Betätigungsfelder, z.B. Fortbildungsveranstaltungen und kürzere oder längere Reisen. Damit finanziert sich dieser Verein. Die Seniorenvertretung setzt sich aus ehrenamtlichen Mitgliedern zusammen, die von unterschiedlichen Organen, von Ortsämtern, Wohlfahrtsverbänden und der Deputation für Soziales delegiert werden. Sie arbeitet ausschließlich seniorenpolitisch, vertritt also die Interessen der Bremer Seniorinnen/Senioren in Politik und Öffentlichkeit. Die SV Bremen gastiert in einem Büroraum der Sozialsenatorin und wird auch von ihr finanziell unterstützt.

Mit den Gesprächen verband sich eine Besichtigung der umfangreichen Räumlichkeiten am Breitenweg, die eventuell einer Vernetzung beider Institutionen entgegenkommen könnten.

Für die Modalitäten einer Zusammenarbeit soll es ein Arbeitstreffen im September 2016 geben. Die Möglichkeiten schätzen beide Seiten als positiv ein.

Dr. Andreas Weichelt

Zur Diskussion gestellt

von Gerd Feller



Führerschein gegen Busticket - ein fairer Handel?

Vor kurzer Zeit rief mich in meiner Funktion als Pressesprecher der SV Bremen eine Journalistin an, um mich nach der Aktion

„Umsteigen – Führerscheintauschen gegen Busticket“ zu befragen. Ich musste ihr gestehen, dass ich davon noch nichts gehört hätte. Also wurde ich erst einmal aufgeklärt.

Seit mehr als fünf Jahren schon können interessierte Seniorinnen/Senioren in Bremerhaven ihren Führerschein gegen ein kostenloses Busticket eintauschen. Möglich macht diesen Tausch Bremerhaven-Bus gemeinsam mit



(Foto: G.Feller)

der Ortpolizeibehörde Bremerhaven, mit der Verkehrswacht Bremerhaven e.V. und mit dem Bürger- und Ordnungsamt der Seestadt. Das Ticket gilt nur für Bremerhavener Einwohner/-innen, hat einen Wert von über 200 €, ist auf ein halbes Jahr befristet und auch übertragbar.

Diese Kooperation zwischen einem Busunternehmen und den Behörden soll bundesweit einmalig und auch insgesamt erfolgreich sein. Wie es heißt, sind inzwischen 2.000 Seniorinnen/Senioren auf das Angebot eingestiegen. Sie haben bei der örtlichen Polizeibehörde ihre Führerscheine abgegeben und entwerten lassen und sind damit jetzt auf Familienmitglieder mit PKW, auf das Fahrrad und auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, wenn sie nicht zu Fuß ihre Besorgungen erledigen wollen oder können.

Jede Medaille hat bekanntlich zwei Seiten, die man sich genau ansehen sollte. Das Angebot, ein halbes Jahr lang ohne Fahrkosten mit dem Bus fahren zu dürfen, klingt zuerst verführerisch. Keine Sorge mehr über die weitere Entwicklung der eigenen Fahrtüchtigkeit, keinen Ärger mehr, zumindest hinsichtlich der Kräftefahrzeuge, über rücksichtslose Fahrerei und Parkprobleme, und auch die Klärung der Frage, ob sich die Kosten für den PKW noch lohnen, entfällt. Sicher, nach einem halben Jahr ist zwar die normale Monatskarte fällig, aber immerhin wird die bei den im Alter doch rückläufigen Kilometerleistungen keine größeren Ausgaben als für die Haltung eines PKW erfordern, man wird bei jedem Wind und jedem Wetter gefahren und kann entspannt daran teilnehmen und lockerer in die Zukunft sehen.

Aber es gibt Entwicklungen, die Vorsicht gebieten. Die Zahl der älteren Menschen wächst, die Zahl der Betreuer/-innen und Pfleger/-innen sinkt. Es werden in Zukunft stärker als bisher alternative Wohn- und Pflegeformen im Alter gesucht und angestrebt werden. Der Wunsch älterer Menschen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden oder in Gemeinschaften le-

(Fortsetzung auf Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

ben zu können, wird zunehmen und ist auch politisch gewollt. Hinzu kommt, dass die Dienstleistungs- und Versorgungsinfrastrukturen in vielen Stadtteilen nicht nur in Bremen zurückgebaut werden.

Wer sich auf dieses Bremerhavener Verfahren einlässt, sollte vorher immer bedenken, dass er keine Probephase absolvieren kann, sondern die Entscheidung endgültig ist. Wer erst nach der Abgabe und der Entwertung des Führerscheins merkt, dass es Schwierigkeiten mit der täglichen Versorgung und der Erreichbarkeit ärztlicher oder anderer Dienstleistungen gibt, z.B. längere und umständlichere Fußwege oder Fahr- und Transportmöglichkeiten, größere, zeitraubende Abhängigkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln und höhere Ausgaben für Bringendienste, dem bleibt nur übrig, entweder sich mit dem Fahrrad auszuhelfen oder, wenn er es sich leisten kann, die Bringendienste zu nutzen, manchmal die Hilfe der Familie in Anspruch zu nehmen und die nun schwierigere Lage zu akzeptieren. Vielleicht wäre er doch noch fit genug gewesen, um seine Einkäufe und sonstigen Besorgungen mit dem PKW zu erledigen. Aber der Führerschein ist weg. Unter solchen Umständen erscheint die Bremerhavener Aktion nicht ganz so attraktiv zu sein, wie sie in Presse und Internet dargestellt wird.

Mal abgesehen davon, dass die Diskriminierung der Alten wegen angeblicher Fahruntüchtigkeit auch von der Unfallstatistik her ungerechtfertigt ist, profitieren vom Projekt Bremerhaven letztlich die Busunternehmen. Die erst bevorzugten Fahrgäste dienen später als sichere Einnahmequelle. Es wird Zeit, nach anderen Alternativen zu suchen, die den älteren Menschen gerecht werden und ihnen mehr Freiheit lassen, ihre Entscheidungen ungezwungener selbst zu treffen. Statt ähnlich wie beim Handel an der Haustür, wo man oft alten Menschen etwas vormacht, scheint das Angebot in Bremerhaven nicht ganz fair zu sein. Wer es mag, mag's mögen, sollte aber, wenn sich die Haken und Ösen zeigen, nicht jammern. Insgesamt könnte man jedoch über Alternativen für einen sanften, schrittweisen Ausstieg aus dem KFZ-Verkehr nachdenken. Die BSAG z.B. sieht solche Möglichkeiten und wäre bereit, darüber mit der SV Bremen zu verhandeln.

Aus den Ortsteilen

Gröpelingen

Neuer Interkultureller Aktionsraum des ZIS

Der neue Interkulturelle Aktionsraum des Zentrums für Migranten und Interkulturelle Studien e.V. (ZIS) wurde am 21.06.2016 eröffnet. 40 eingeladene Gäste nahmen teil.

„Interkulturelles Lernen mit allen Sinnen“ ist ein Fortbildungsprojekt für Erwachsene und schulische Lerngruppen. Die Projekte wurden von Angelika Weber (Kunstpädagogin) entwickelt und langjährig erprobt. Es besteht eine Kooperation mit dem Bremer Landesinstitut für Schule (LIS), und zwar bei einem Projekt Kom-In-Interkulturalität in der Schule. ZIS als Kooperationspartner unterstützt das Projekt und führt gemeinsam Seminare für interkulturelle Schulungen, Fortbildung und Weiterbildung durch. Außerdem plant das ZIS, in dem neuen interkulturellen Aktionsraum ein pädagogisch orientiertes Migrationsgeschichtsmuseum einzurichten. Ali Eliş, der Vorstand des ZIS sagte: "Wir wollen unsere pädagogische Arbeit so gestalten, dass zwischen den Enkelkindern und der 1. Migrantengeneration Brücken geschlagen werden. Der Wandel in der Gesellschaft ist sehr stark und die Zukunft wird noch interkultureller. Deshalb gewinnt unsere Arbeit noch an Bedeutung. Entsprechend muss die pädagogische Arbeit für die Gesellschaft geplant und durchgeführt werden. Der Interkulturelle Aktionsraum wird dazu einen angemessenen Beitrag leisten."

Die Leiterin des Ortsamts West, Ulrike Pala, unterstützt die gesamte politische Arbeit und sagt: "Das ist ein Gewinn für Gröpelingen und trägt zu einem positiven Image bei." Sie will sich im Stadtteilbeirat dafür einsetzen, dass durch einen Fahrstuhl die Erreichbarkeit des Raums für Behinderte und ältere Leute verbessert wird. Der Aktionsraum ist schon ein wichtiger Beitrag für Interkulturalität und Vielfalt in Gröpelingen. Wir wünschen viel Erfolg für das Projekt Interkulturelles Lernen mit allen Sinnen.

Zeynep Sümer

Impressum

Landesseniorenvertretung
Tivoli-Hochhaus, 4.Etage, Z.14
Bahnhofplatz 29
28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69

E-Mail: Seniorenvertretung@soziales.bremen.de
www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der
Seniorenvertretungen im Lande Bremen

Redaktion:

Gerd Feller (V.i.S.d.P)

E-Mail: gerd.h.feller@nord-com.net

Der **DURCHBLICK**
erscheint monatlich auch im Internet unter
www.seniorenlotse.bremen.de/senioren-vertretung/Durchblick

Redaktionsschluss: Jeweils der 15. des Monats, der dem
nächsten Erscheinungstermin vorausgeht.

Aktuelle Ausgabe Nr. 199

**ZİS ' in yeni kültürlerarası etkinlik yeri**

ZİS(Göçmenler ve Kültürlerarası Çalışmalar Merkezi) kültürlerarası etkinlik yerinin açılışı 26.06.2016 tarihinde çok sayıda davetli huzurunda yapıldı.

Tüm duyu ve anlam ile kültürlerarası öğrenme ,yetişkin ve okul çağı grupları için bir eğitim projesi.LİS (Landes Institut für Schule , Bremen) Eyalet okul projesi << Kom-in >> ile de desteklenmekte olan bu proje sanat pedagogu Angelika Weber tarafından uzun süre denenmiş ve geliştirilmiştir.

ZİS eğitim projesini işbirliği ortaklığı ile desteklemekte ve müşterek eğitim seminerleri düzenlemekte . Bunun dışında özel olarak düzenlenen etkinlik yeri ZİS tarafından planlanan göçtarihi müzesi için de hizmet verecektir. ZİS yönetim kurulu başkanı Ali Eliş << Pedagojik çalışmalarımızı torun ve ilk nesil arasında bir köprü oluşturacak şekilde düzenlemek istiyoruz. Değişen toplum gelecekte çok kültürlü olacaktır. Bu yüzden geleceğe yönelik çalışmalar daha anlamlı ve bu nedenle toplum için pedagojik çalışmalar planlanmalı ve bu planlar uygulanmalıdır >> diyor ve kültürlerarası etkinlik yerinin gelecek için katkı sağlayacağını önemle belirtiyor.

Davetliler arasında bulunan İlçe Başkanı Ulrike Pala çalışmalara politik alanda destek vereceğini belirterek << Proje ve kültürlerarası etkinlik yeri Gröpelingen için bir kazanç ve olumlu bir imajdır >> diyerek , etkinlik yerine engelli ve yaşlıların erişebilirliğini oluşturmak için asansör yaptırılmasına yönelik yardım teklifini ilçe konseyine götüreceğini de ifade etmiştir.

Kültürlerarası etkinlik yeri Gröpelingen'de çok kültürlülüğe ve çeşitliliğe bir katkıdır. Proje için başarılar diliyoruz.

Zeynep Sümer

(Neuer Interkultureller Aktionsraum des ZİS, Durchblick 199, August 2016, S.8)

Federal Anayasa Mahkemesi'nde açılan dava

Son zamanlarda, yatalak ölümcül hastalar hastanelerden ve evlerde ambulant bakımdan , ölümüne kadar bakımlarının yapılması için kısa vadeli veya geçici bakım kurumlarına taşınmakta ve burdaki artış bilinmektedir. Bunun bir nedenide muhtemelen Hospiz ve palyatif bakımda uygun ekipman eksikliğidir.

Ciddi ve ölümcül hasta insanlar ile ilgili bu yaklaşım, yasal hedeflerle tutarlı değil, çünkü kısa süreli bakım rehabilitasyon amaçlı, geçici bakım ise hasta yakınlarını kısa süreli rahatlatma amaçlıdır.

Almanya'da, hospiz ve palyatif bakımın iyileştirilmesini sağlamak için yasa, ciddi ve ölümcül hasta insanların mümkün olan en iyi tıbbi, psikolojik ve sosyal bakımında ,hospiz ve palyatif

bakımın ülke çapında sunulabilmesinde de etkili olmalıdır. Bu yasa, yasal sağlık sigortası standart bakımı, hospiz ve palyatif bakımı, ve uzman ambulant palyatif bakımı güçlendirmek için tasarlanmıştır. Bu durumda, örneğin, § 39a SGB V uyarınca sigortalılar bir bakımevinde ve pilyatif bakımda tam bir bakım hakkına sahiptir ve Sosyal Güvenlik Kanununca tanınan anlamı dahilinde aynı zamanda engelli olarak sınıflandırılır.

Bremen Yaşlılar Temsilciliği ölümcül hasta insanlar için yıllardır uğraşmakta, ve artık yanında güvenilir bir destekleyici olarak Mark Castens var.O Berlin ve Bremen'de bu konuyu başarılı bir şekilde tanıttı ve şimdi Federal Anayasa Mahkemesi'nde istenmeyen bu gelişmeye karşı dava açıyor. O şuna dikkat çekmek istiyor, Almanya'da hastanelerdeki bu tür kısa süreli ve geçici bakım şayet hospiz veya palyatif bakım ünitelerindeki bakım yerine geçebiliyorsa hospiz ve palyatif bakımın geliştirilmesi yönündeki kanun çok az dikkate alınıyor demektir. Bu yöntem , sigortalı hastaların kısa süreli ve geçici bakım olarak hastanelerde bakımı hospiz ve palyatif bakım teklifleri eksikliği, sadece kırsal kesimlerde yetersiz ortam ve uygun yerler eksikliğinden değil, aynı zamanda kentsel alanlarda da bir sorun.

Federal Almanya Cumhuriyeti'nde çok sayıda sigortalı hastanelerde kısa süreli ve geçici bakım nedeniyle ölmekte. Bu hastalar hospiz veya palyatif bakım ünitelerinde ölenler ile kıyaslanırsa, bakım ve aynı zamanda ekonomik açıdan dezavantajlılar. Böylece Anayasa'nın Temel Kanunu 3 'e göre, hiç kimse yaşadığı engelli durumu nedeniyle eşit olmayan muamele ayrımcılığı göremez dediği halde, gerçekte bu uygulanmamakta.

Federal Anayasa Mahkemesi'nin 22.04.2016 tarihli mektubunda, dava dilekçesinin kabulü ve yargılama kayıtlarının yetkili yargıç odasına iletiliği belirtildi. Bremen Yaşlılar Temsilciliği Mark Castens'a şans diler!

Gerd Feller

(Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, Durchblick 197, Juni 2016, S.2)

Yaşlılıkta " MüşterekToplu Yaşam"**Bremen'de uygun fiyatlı konut ihtiyacı var**

Yaklaşık 20 yıldan beri Almanya'da müşterek konut yaşamında daha fazla girişimler ortaya çıkmakta. Bunlar içerisinde güvenelebilir komşulukta yaşamak isteyen ilgililer buluşmakta. Bu tür yaşam konutlarının farklı şekilleri vardır: Mülkiyet, kendi kendine organize ve kira. Artık daha fazla insan bu tür konutlarda yaşam hakkında düşünmekte, onlar yaşlılıklarında bağımsız ve sosyal entegre yaşamaya devam edebilmek istiyorlar.

(Devami sayfa 10)



(Sayfa devamı 9)

2 yıldan beri, "Forum Ältere Menschen Bremen e.V." Bremen'den gönüllü bir temsilci tarafından "Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V. Bundesvereinigung" da katılımda bulunmakta. Katılımcıların özellikle kirada yaşamaya mecbur olan insanlar dikkatlerini çekmekte.



Johanne Thurn

Ağırlıklı olarak yalnız insanlar, az gelire sahip olanlar, evleri erişilebilir olmayanlar, kısaca yalnız olarak değil diğer insanlarla birlikte yaşlanmak isteyenlerdir.

Müşterek yaşam grubundan ,her bir kiracının yaklaşık 50- 60 metrekare engelsiz küçük bir oturma alanına ve grup aktiviteleri için merkezi müşterek bir odaya sahip olmaları anlaşılmaktadır. Neden bu yerleşim modeli? Bu, Bremen demografik değişiminde çok açık sorulara sürekli salım yanıtıdır. Burda, koruyucu bir işlev vardır, izole olmayı ve onların evlerinde yalnız kalmalarını önler. Birlikte aktif olarak bir evde yaşamaları ve birbirlerine destek olmaları, uzun süre topluma katılımı mümkün kılar. Kiralık daireye taşınmadan önce birbirlerini tanımaları ve müşterek yerleşimi isteyip istemediklerine karar vermeleri gerekir. Bu yaşam şekline uygun diğer eyaletlerde, birçok örnek var. 60 yaş üzeri „genç yaşlılar“ iki yıldır Forum für „Gemeinschaftliches Wohnen“ (Breitenweg 1, 28195 Bremen) buluşmakta, danışım için toplantılarına ilgili milletvekili ve yetkililer davet edilmektedir. Bu arada davetlilerin bu tür yaşam konutları ve faydaları konusu ile ilgili çok az bilgi sahibi oldukları anlaşıldı. Bu, SPD'nin planlama yetkilisinin ,iskan makamlarının 2/15 tarihindeki açıklanan yapı planlama anketine yazılı cevaplarında ve bunun yanı sıra CDU tarafından verilen gensoruya Senatonun cevabında özellikle teyid edilmiştir (24.03.15 - 18/03). Siyasi parti temsilcileri ile toplantılarda ,müşterek ikamet isteğinin sürdürülebilmesi istemi tam olarak algılanmış değildir. Bunu değiştirmek istiyoruz, çünkü yalnız olmak hasta ediyor. Ama biz birlikte yaşamak istiyoruz, birbirimize destek olmak , bakım ve ruh sağlığını teşvik eden ve izolasyonu dışlayan aktif bir mahalle yaşamı sunmak istiyoruz. Biz bunun yararlı bir araç olduğunu düşünüyoruz ve yaşlanan toplumun birçok sorusuna bir cevap istiyoruz. Biz taahhüt istiyoruz, "kiralık müşterek konut" modelinin parlamentonun yaşlılar planı ve yeni koalisyon anlaşmasında sabitlenmesini istiyoruz. Ve bize bir danışma ve koordinasyon merkezi gerekiyor,bu yıllardır tüm diğer eyaletlerde mevcut ve birçok büyük şehir ve eyalet hükümetleri tarafından desteklenmekte. Bremen ilçelerinde

birbirleri hakkında hiçbir malumatı olmayan çeşitli konut proje grupları var.



(Fotoğraf: G.Münchmeyer-Elis)

Buna karşılık, ortak yaşamak isteyenlere özel sermaye ile kooperatifler oluşturmak için 08/2013 den beri SUBWE de bir temas noktası mevcut. Müşterek konutla ilgilenen kiracılar sadece % 30 özkaynak ile hayallerini gerçekleştirebilirler! Bu nedenle, Bremen Parlamentosu'ndan talebimiz,

- "müşterek ikamet " konusunun yaşlılar planında ve yeni koalisyon anlaşmasında ele alınarak sağlamaştırılması,
- proje gruplarının desteklenmesi ve uygun konut yerleri oluşturulması
- bu görev gönüllü elemanlarla yapılamıyacağı için , tüm eyalet ve büyük şehirlerde olduğu gibi kamusal danışma ve koordine merkezlerinin kurulması.

Johanne Thurn

(Gemeinschaftliches Wohnen im Alter, Durchblick 197, Juni 2016, S.2/3)

Dolandırıcıların internette yeni hileleri

Son zamanlarda, Commerzbank, Hypo-Vereinsbank, Deutsche Bank ve Volksbanken und Raiffeisenbanken gibi çeşitli banka gruplarının İnternet üzerinden çağrıları musallat olmakta. Sistem değişikliği iddiasıyla kullanıcılarından kredi kartlarını onaylamalarını talep ediyorlar. Onay için 14 gün süre veriyorlar. Aksi takdirde kredi kartının bloke edileceğini tehdit ediyorlar ve işlem ücretinin hesaplarından çekileceğini belirtiyorlar. Yani, dolandırıcılar işlem ücreti adı altında para toplamak için banka hesap ve yönlendirme numaralarını öğrenmeyi deniyorlar. Bu mesajların banka logolu ve banka yazışma türünde olmasına rağmen aldanmayın. Tüm banka müşterilerine, bankacılık bilgilerinin bildirilmemesi ve derhal bankalarına bu dolandırıcılık girişiminin haber verilmesi tavsiye edilir.

Ernst Benthien

(Neue Ganoventricks im Internet, Durchblick 197, Juni 2016, S.6)

Tercüme: Dipl.jur. Feride Abdeljalil

Editör: Zeynep Sümer

(Mit Unterstützung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Referat Integration)